

Geforderte Stellungnahme zum Oppositionsantrag bezüglich eines Verbots von Fracking und zur Wiedezulassung von Glyphosat

Aus aktuellem Anlass erreichte mich die Frage, warum ich mich bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf der Grünen bezüglich eines Verbots von Fracking enthalten habe. Außerdem fragt sich der Verfasser, wie ich zur Wiedereinführung des Stoffes Glyphosat stehe, an welchem gesundheitliche und ökologische Zweifel bestehen.

Antwort

Sehr geehrter Herr XX,

danke für Ihren Brief zum Thema Fracking und meinem Abstimmungsverhalten, sowie der Frage zur Wiedezulassung von Glyphosat. Gerne antworte ich Ihnen.

An meiner Haltung zu Fracking hat sich rein gar nichts geändert. Ich lehne unkonventionelles Fracking nach wie vor ab. Die Gründe für mein Abstimmungsverhalten habe ich sowohl in einer persönlichen Erklärung nach § 31 der BTGO als auch in zahlreichen Pressestatements dargelegt. Die Erklärung füge ich diesem Schreiben bei. Sie finden diese auch auf meiner Homepage unter http://www.bernhard-daldrup.de/dl/Fracking_Daldrup_Enthaltung.pdf.

Mein Abstimmungsverhalten ist im Lichte der Umstände zu sehen, wie der Oppositionsantrag eingebracht wurde. Es war ein taktisches Manöver, um die Koalition vorzuführen.

Nach geltendem Recht ist das unkonventionelle und konventionelle Fracking ohne große Rücksicht auf Umweltschutz, die Gesundheit der Menschen und die Trinkwasserversorgung derzeit erlaubt. Seit über einem Jahr liegt ein Gesetzentwurf nun auf Eis, da die CDU/CSU mit immer neuen Forderungen versucht, ein Verbot der Risikotechnologie zu verhindern. Mit einem Fracking-Gesetz gäbe es endlich Möglichkeiten, das unkonventionelle Fracking im Münsterland und in NRW dauerhaft zu verhindern. Ohne ein Gesetz werden Anträge und entsprechende Genehmigungen auf Dauer nur sehr schwer oder gar nicht zu verhindern sein. Wir brauchen ein Gesetz, das wirkliche Rechtssicherheit schafft – keinen parteipolitisch motivierten Schnellschuss.

Allein die Tatsache, dass die Opposition eine Abstimmung ganz ohne Debatte im Plenum wollte, war für mich und meine SPD-Kollegen aus dem Münsterland Grund genug, den Anträgen von Grünen und Linken nicht zuzustimmen, sondern sich zu enthalten. Eine Entscheidung bei einer so wichtigen Frage ohne eine Debatte herbeiführen zu versuchen, erweckt den Anschein des politischen Taktierens jenseits einer sachlichen Lösung.

Wir erklärten gemeinsam, dass der Gesetzentwurf von Umweltministerin Barbara Hendricks, der eine gesetzliche Regelung zum Verbot von Fracking ermöglicht, nicht länger durch die CDU/CSU blockiert werden darf. Insbesondere die CDU im Münsterland betreibt ein

Doppelspiel: Einerseits spricht sie sich vor Ort gegen Fracking aus. Andererseits versucht sie durch immer neue Forderungen, ein klares und eindeutiges Verbot von unkonventionellem Fracking zu verhindern.

Zum Thema Glyphosat haben Sie in Ihrem Brief bereits erwähnt, das die Weltgesundheitsorganisation (WHO) es als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft. Vom deutschen Bundesinstitut für Risikobewertung und der Europäischen Behörde für

Lebensmittelsicherheit werden diese Bedenken zwar nicht geteilt, doch haben die widersprüchlichen wissenschaftlichen Beurteilungen in der Gesellschaft zu einer großen Besorgnis geführt.

Ich nehme diese Sorgen ernst und sehe die erneute Zulassung des Wirkstoffs Glyphosat äußerst kritisch. Vor einem generellen Verbot des Glyphosateinsatz in der Landwirtschaft rege ich eine intensive Prüfung aller gesundheits- und umweltverträglichen Alternativen an. Forschung und Entwicklung müssen gestärkt werden, damit wir gemeinsam mit der Landwirtschaft den Ausstieg aus dem Glyphosateinsatz und den Umstieg auf solche Alternativen organisieren.

Bis dahin muss die Anwendung von Glyphosat in der Landwirtschaft auf ein Mindestmaß reduziert und effizienter gestaltet werden. In vielen Fällen ist die Anwendung schon heute überflüssig, wie zum Beispiel bei der Stoppelbearbeitung nach der Ernte und vor der Aussaat der Folgekultur.

Am größten ist die Gefahr der Fehlanwendung und Überdosierung bei der privaten Nutzung. Ich setze mich deshalb für ein Verbot von glyphosathaltigen Herbiziden in Haus- und Kleingärten und auch im kommunalen Bereich ein.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen weiterhin zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Bernhard Daldrup